

Ring
Christlich-Demokratischer
Studenten



Grundsatzprogramm des RCDS
Grundsatzprogramm der CDU
„Unser Grundsatzprogramm –
Ein Dokument geistiger Erneuerung“
Rede von Heiner Geißler
Göttinger Strategiebeschluß des RCDS

RCDS –
Schriftenreihe
35

Bonn
Mai 1980

GRU

Kein Rechtsprinzip, keine Gesellschaftstheorie wäre dazu imstande. Dies kann nur eine ethische Verpflichtung leisten, die nicht allein weltlich begründet ist und die über eine Generation hinausweist.

Verantwortete Freiheit ist verankert in der Verantwortung des Menschen vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. Dies haben wir im Entwurf so formuliert. Dies ist die große Herausforderung und Entscheidung der CDU: den Mut aufbringen, Gott wieder in ihrem Parteiprogramm zu nennen.

Wir mögen in der folgenden Diskussion über viele Fragen der rechtlichen und instrumentalen Ausgestaltung unserer Politik verschiedener Meinung sein — gegenüber der Entscheidung, menschliche Freiheit auf Gott zu beziehen, treten solche Auseinandersetzungen weit zurück.

Allein aus dieser Entscheidung kann die Kraft aufgebracht werden, über eine Generation hinaus zu denken. Nicht Fragen der Finanzierbarkeit und Machbarkeit tragen den Generationenvertrag, sondern das Bewußtsein einer Verantwortung jenseits des Ökonomischen, jenseits des Finanzierbaren, einer Verantwortung, die in der Pflicht des Gewissens begründet ist. Dies ist unser Auftrag, und dies ist auch unsere Chance als Volkspartei.

Strategiebeschluß

Für demokratischen Dialog
und eine grundwertbezogene
Gesellschaftspolitik

	Seite
I. Die Ausgangslage	127
II. Der Standort des RCDS	130
III. Die Politik des Demokratischen Dialoges	131
IV. Die Politik des Demokratischen Dialoges in der Hochschulpolitik:	
RCDS — die Freiheit des Studiums durchsetzen!	134
1. Regelstudienzeit/Studienreform	134
2. Andere Arbeitsfelder	136
V. Für eine grundwertbezogene Gesellschaftspolitik	139
RCDS — die progressive Alternative zur reaktionären Linken	139
1. Moralischen Anspruch durchsetzen	139
a) RCDS für freiheitliche und grundwertbezogene Politik	140
b) RCDS für Menschenrechte überall und internationale Solidarität	140
c) RCDS für Frieden und Abrüstung	141
d) RCDS für soziale Gerechtigkeit	141
e) Andere Arbeitsfelder	142
2. RCDS als antikommunistischer und antifaschistischer Studentenverband	143
3. Abbau von Massenstrukturen — Personalität und Kommunikation	144

I. Die Ausgangslage

1. Politische Tendenzen im Hochschulbereich haben eine langfristige Ausstrahlungswirkung auf fast alle gewichtigen gesellschaftlichen Bereiche. Die Hochschulen sind Seismographen für künftige politische Entwicklungen. Die politische Orientierung der Hochschulabsolventen, die fast alle wichtigen Leistungs- und Multiplikatorenfunktionen ausüben werden, wirkt sich insbesondere im Bildungs- und Medienbereich aus. Deshalb haben die Systemveränderer die Hochschulen zu ihrem Hauptangriffsziel ausgewählt. Sie versuchen Studenten zu beeinflussen, die sich, während sie Wissen und Fähigkeiten bezüglich der Funktionsweise und Struktur der Gesellschaft erwerben und sich dabei kritisch mit ihr auseinandersetzen, in einer sozial ungesicherten Situation (zu wenig BAföG, aber auch Rollenkonflikte) befinden und beruflich nicht eingebunden sind. Diese Herausforderung hat unsere Gesellschaft bislang kaum angenommen; vielmehr versuchen Politiker ihr durch administrative Maßnahmen (Ordnungsrecht, Raumverbot etc.) Herr zu werden.

2. An den Hochschulen bestehen andere politische Fronten als in der Gesamtgesellschaft, wo die wesentlichen Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU einerseits und SPD und FDP andererseits stattfinden und wo ein Konsens bezüglich unserer Verfassungsordnung sowie wesentlicher Prinzipien der Wirtschaftsordnung besteht. An den Hochschulen besteht dieser Konsens bezüglich des Wirtschaftssystems keinesfalls, da JUSOS und LHV diese radikal ablehnen. Aber auch der Konsens über die Verfassungsordnung ist in Frage gestellt, da JUSOS und LHV bislang prinzipiell die Zusammenarbeit mit linksextremistischen Gruppen der mit demokratischen Studentenverbänden vorziehen. Hierdurch gelangen Systemgegner in zahlreiche Studentenvertretungen, obwohl die überwiegende Mehrheit der Studenten unsere Verfassungsordnung bejaht. Die Folge ist eine extremistische Konfrontation innerhalb der Studentenschaft zwischen Befürwortern und Gegnern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

3. Die Studentenschaft fühlt sich als Gruppe in der Gesamtgesellschaft politisch nicht hinreichend repräsentiert. Die bildungspolitische Entwicklung ist in den letzten Jahren immer mehr auf Kosten der Studenten gegangen. Ungenügende soziale Absicherung, HRG mit Regelstudienzeit, Ordnungsrecht, Möglichkeit zur Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft, verschlechterte Studienbedingungen, sinkende Berufsaussichten, Isolation und Anonymität an der Massenuniversität sind die gravierendsten Zeichen dieser Entwicklung. Dies wiegt um so schwerer, als jeder Student davon betroffen ist. Die politischen Verantwortlichen sind offenbar weder bereit noch in der Lage, diese Probleme zu lösen. Es ist daher kaum verwunderlich, daß viele Studenten sich von den Politikern im Stich gelassen fühlen. Diese Enttäuschung auch vor dem Hintergrund der einstigen „Bildungseuphorie“ führt zunehmend auch zu Skepsis gegenüber den Parteien und der Bundesrepublik allgemein.

4. Zwischen Hochschule und Studenten einerseits und der Gesamtgesellschaft andererseits klafft ein großer Graben. Besonders die Ausschreitungen einer linksextremistischen Minderheit und die „Streikinflation“ der letzten Jahre an den Hochschulen haben dazu geführt, daß viele Bürger kein Verständnis mehr für die Hochschulen und ihre Probleme aufbringen wollen. Das Klima zur Durchsetzung hochschulpolitischer Forderungen hat sich dadurch erheblich verschlechtert.

5. Marxistisch orientierte Gruppen versuchen, alle Mißstände und Probleme unserer Gesellschaft als Beispiele für den angeblich undemokratischen und unmenschlichen Charakter der politischen Ordnung darzustellen. Da diese Gruppen aber ihre gesamte politische Arbeit dem Ziel der „Systemüberwindung“ unterordnen, haben sie kein Interesse und keine Möglichkeit zu (in ihrer Sicht) „systemstabilisierenden“ Verbesserungen und Reform, sondern benötigen Mißstände zur Agitation gegen unsere Gesellschaftsordnung. Sie streben die Aufrechterhaltung und die Erweiterung ihres politischen Spielraums an und benutzen teilweise berechnete Forderungen zur Mobilisierung und Gewinnung von Anhängern. Die Mißstände an den Hochschulen haben ihre Ursache nicht in der Gesellschaftsordnung, sondern die schnelle Umwandlung der Hochschulen von Eliteuniversitäten zu Massenausbildungsstätten und vor allem eine verfehlte Bildungspolitik bei geburtenstarken Jahrgängen tragen die Verantwortung für die Misere.

6. Der RCDS als reformdemokratischer Studentenverband steht bei seiner Arbeit insbesondere vor folgenden Problemen:

a) Da die Studenten heute in sehr hohem Maße an allgemeinpolitischen Fragen, nur zu einem Teil aber an hochschulpolitischen Problemen interessiert sind, neigen sie in ihrem Wahlverhalten zu einer Identifikation der studentischen Gruppen mit deren bundesweiten Parteien. Da aber JUSO-Hochschulgruppen (JHG) und der Liberale Hochschulverband (LHV) sich politisch von ihren „Mutterparteien“ entfernt haben und auch in ihrer Bündnispolitik klar extremistische Gruppen stützen, geht hier ein Großteil reformorientierter Wähler dem reformdemokratischen Spektrum verloren.

b) Aufgrund des Studiendrucks hat die Bereitschaft zum politischen Engagement, gerade bei den gemäßigten Verbänden, nachgelassen. Während früher ein aktives Mitwirken in der Hochschulpolitik über 4 - 6 Semester üblich war, können heute die Mitglieder der politischen Verbände maximal 3 Semester aktiv Hochschulpolitik betreiben. Da die gemäßigten Studenten ihre Ausbildung realistisch als Vorbereitung auf einen Beruf innerhalb dieser Gesellschaftsordnung begreifen, streben sie in erster Linie einen Studienabschluß an. Dieser Hintergrund für langfristiges politisches Engagement besteht bei den Kommunisten nicht im gleichen Maße, da für ihre Berufsvorstellung der Studienabschluß nicht die gleiche Relevanz hat.

c) Aufgrund der geringen Einflußmöglichkeiten der Studenten innerhalb und außerhalb der Hochschulen, aufgrund der fehlenden Repräsentation sozialliberaler Politik durch JUSOS und LHV sowie aufgrund der ständigen Zerstrittenheit der studentischen Gruppen ist die Wahlmotivation der demokratischen Studenten meist sehr gering, was zu Wahlbeteiligungen unter 30% führt. Die Gegner unseres Gesellschaftssystems jedoch können meist mit geschlossener Wahlbeteiligung ihrer Anhänger rechnen.

II. Der Standort des RCDS

1. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) vertritt studentische Interessen in Hochschule und Gesellschaft und arbeitet für die Verwirklichung seiner im Grundsatzprogramm „Für eine offene und solidarische Gesellschaft“ 1976 entwickelten politischen Zielvorstellungen. Der RCDS ist ein selbständiger Studentenverband, der zur Verwirklichung seiner Vorstellungen Kontakte zu allen demokratischen Parteien und Organisationen im politischen Bereich sucht. Aufgrund der Übereinstimmung in den wesentlichen politischen Grundwerten ist der Hauptansprechpartner unter den Parteien die CDU/CSU.

2. Der RCDS ist offen für alle Studenten, die für Pluralismus, parlamentarische Demokratie, Soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaftspluralismus eintreten.

3. Der RCDS geht von der Reformfähigkeit unserer Gesellschaft aus und tritt entschieden für die notwendigen Reformen und Verbesserungen unserer Gesellschaft ein. Als reformdemokratischer Studentenverband ist er die progressive Alternative zur reaktionären Linken.

4. In der Hochschulpolitik arbeitet der RCDS aktiv für die Durchsetzung studentischer Interessen. Im Mittelpunkt stehen dabei diejenigen Probleme, von denen Studenten unmittelbar persönlich betroffen sind. Der RCDS artikuliert studentische Anliegen nicht nur, sondern er bringt sie durch Lobby- und Institutionenarbeit in den politischen Raum ein. Dabei ist die Verbesserung des öffentlichen Ansehens der Studenten und der Hochschulen ausschlaggebend für den Grad der Durchsetzung.

5. Der RCDS erreicht seine Ziele nicht nur durch die Mehrheitsbildung in studentischen Gremien. Es wäre deshalb eine zu einseitige Sichtweise, wenn RCDS-Gruppen, die an ihrer Hochschule kurzfristig keine Aussicht auf reformdemokratische Mehrheit haben, resignieren würden. Die Arbeit des RCDS hat folgende Zwischenziele:

- a) Durchsetzung einer demokratischen, an den Interessen der Studenten orientierten Politik in der Studentenvertretung,
- b) Durchsetzung studentischer Interessen in der Hochschule durch von den Studenten getragene Aktionen und durch Zusammenarbeit mit anderen Hochschulangehörigen,
- c) Einbringen der studentischen Forderungen in die Hochschulpolitik über Medien, Parteien, Parlamente, Verbände und Ministerien,
- d) Teilnahme an der politischen Diskussion und Meinungsbildung im Hochschulbereich,
- e) innerverbandliche Diskussion, Motivation, Weiterbildung und Entwicklung von Positionen und alternativen Programmen.

Zur Durchsetzung studentischer Interessen schlägt der RCDS der Gesamtstudentenschaft die Politik des Demokratischen Dialoges vor und folgt dieser Politik in seiner eigenen Arbeit.

III. Die Politik des Demokratischen Dialoges

Wesentliche Voraussetzungen der Demokratie sind umfassende Information, Meinungsfreiheit und Engagement der Bürger. Diese Voraussetzungen werden insbesondere im Dialog als Grundform einer konstruktiven politischen Auseinandersetzung realisiert. Dialog in der Demokratie bedeutet Darstellung und Austausch von Informationen und politischen Positionen mit der Bereitschaft, zu einem konstruktiven Interessenausgleich zu gelangen. Eine Demokratie, in der dieser Dialog aufgehört hat, wird auf Dauer nicht überlebensfähig sein.

Dieser Demokratische Dialog ist somit die Alternative zu einer Form der politischen Auseinandersetzung, die den Kampf für bestimmte politische Ziele und Interessen zur obersten Richtschnur wählt und dabei den Interessenausgleich durch Mehrheitsentscheidungen nicht mehr respektiert. Von daher sind Demonstration und „Streik“ – auch wenn diese aufgrund der Streikinflation der letzten Jahre derzeit weder von den Studenten getragen noch von der Bevölkerung verstanden werden – auch im Demokratischen Dialog wesentliche Formen der politischen Auseinandersetzung, aber sie setzen erst ein, wenn andere Mittel versagt haben und müssen auf die Lösung von Konflikten statt unüberbrückbarer Konfrontation ausgerichtet sein. Gerade an den Hochschulen hat die Intoleranz der verschiedenen linken Gruppen die Studentpolitik in eine Sackgasse getrieben. Deshalb ist ein Neuanfang erforderlich. Der RCDS vertritt deshalb die Politik des Demokratischen Dialoges.

1. Demokratischer Dialog bedeutet gleichermaßen:

- gemeinsames Vorgehen unterschiedlicher, demokratischer, politischer Richtungen der Studentenschaft für die übereinstimmenden Anliegen der Gesamtstudentenschaft,
- politische Initiativen und ständigen Kontakt der Gesamtstudentenschaft gegenüber den politischen Entscheidungsträgern in Parteien, Regierung und Parlamenten,
- Überwindung der gesellschaftlichen Isolation der Studentenschaft,
- verantwortungsbewußte Information der Öffentlichkeit und Zusammenarbeit mit jedem demokratischen Partner außerhalb der Hochschulen,
- langfristiges Engagement möglichst vieler Studenten in politischen Organisationen, um die Kontinuität der zu leistenden Arbeit sicherzustellen.

2. Nur eine Politik des Demokratischen Dialoges ist geeignet, den Graben zwischen Hochschulen und großen Teilen der Öffentlichkeit zu verkleinern, das Image der Studentenschaft und der Hochschulen zu verbessern, gegenseitige Vorurteile abzubauen und damit auch langfristig ein Klima zu schaffen, in dem eine liberale studentenfreundliche Politik möglich wird. Ein funktionierender Demokratischer Dialog kann Partei- und Staatsverdrossenheit abbauen.

3. Persönlicher Einsatz, fundierte Information, kritisch-rationale Diskussion und Toleranz zwischen Andersdenkenden sind elementare Voraussetzungen und Bestandteil des Demokratischen Dialoges und damit auch effektiver studentischer Interessenvertretung.

Der RCDS wird daher immer wieder aufzeigen, daß all diejenigen Gruppen, die die Politik des Demokratischen Dialoges torpedieren, sich damit eindeutig gegen die Studentenschaft wenden und nur ihre eigenen gruppenegoistischen Ziele im Sinn haben.

4. Der RCDS arbeitet dafür, die Basis für eine Politik des Demokratischen Dialoges zu erweitern und damit die Chancen zur Durchsetzung studentischer Politik zu erhöhen. Dies beinhaltet, daß insbesondere Jungsozialisten-Hochschulgruppen (JHG) und dem Liberalen Hochschulverband (LHV) und dem Sozialliberalen Hochschulverband (SLH) immer wieder Angebote zur Zusammenarbeit unterbreitet werden, mit dem Ziel, breite demokratische Mehrheiten zu schaffen und diejenigen Kräfte zu isolieren, die unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung beseitigen wollen.

5. Der Demokratische Dialog darf sich nicht nur in Worten erschöpfen, sondern muß für jeden Studenten auch täglich erfahrbar und politisch nachprüfbar sein. Daher ist es die Aufgabe des RCDS, jedes Ergebnis – und sei es auch nur ein Teilerfolg – im Rahmen des Demokratischen Dialoges in der Studentenschaft zu veröffentlichen.

6. Deshalb initiiert, unterstützt und organisiert der RCDS, als eine adäquate Aktionsform des Demokratischen Dialoges das Projekt Pluralistisches Forum.

Auf Hochschulebene, Landesebene und Bundesebene initiiert der RCDS die Errichtung und Gründung pluralistischer Formen. Sie sind eine langfristig angelegte Aktionsform und müssen offen sein für Veränderungen und aufnahmefähig für Erfahrungen. Aufgaben dieser pluralistischen Foren sind:

- a) Die studentische Interessenvertretung auf der Grundlage einer Politik des Demokratischen Dialoges voranzutreiben,
- b) die Diskussion zwischen den verschiedenen studentischen Organisationen zu fördern, um Übereinstimmung herauszuarbeiten, bestehende Differenzen zu klären,
- c) den Kontakt zwischen Studentenschaft und Parteien zu vermitteln, um die unmittelbare Kommunikation miteinander zu ermöglichen,
- d) Kontakte der Studentenschaft zu inner- und außeruniversitären potentiellen Partnern anzubahnen, solche Kontakte zu erhalten und zu erweitern,
- e) mehr Studenten von der Notwendigkeit und Möglichkeit langfristigen persönlichen politischen Engagements zu überzeugen,
- f) bewußte und unbewußte Defizite im Lehrangebot und in der Forschungstätigkeit der Hochschulen aufzudecken und im Sinne eines unverzichtbaren Wissenschaftspluralismus auszugleichen,

g) Veranstaltungen zu den wichtigsten gesellschaftlichen Fragen anzubieten, um außeruniversitäre Gruppen und Öffentlichkeit in das Geschehen an der Hochschule einzubinden,

h) gesellschaftliche Entwicklungstendenzen kritisch-rationale zu analysieren und Informationsmaterial darüber zur Verfügung zu stellen.

Es ist anzustreben, daß die pluralistischen Foren kontinuierlich arbeiten und eine größtmögliche Tätigkeitsdichte erzielt wird. Der RCDS wirkt auf einen dauerhaften Bestand des Pluralistischen Forums hin. Für die Gründung und den Aufbau eines Pluralistischen Forums ist eine gesicherte Kontinuität jedoch keine Voraussetzung. Durch ein dichtes Kommunikationsnetz zwischen den verschiedenen Pluralistischen Foren ist eine Vermittlung von Erfahrungen und deren kritische Auswertung sicherzustellen.

Mit der Politik des Demokratischen Dialoges versucht der RCDS in Hochschule und Gesellschaft eine breite politische Basis für die Zielvorstellung einer demokratischen Hochschule in einer offenen und solidarischen Gesellschaft zu schaffen.

IV. Die Politik des Demokratischen Dialoges in der Hochschulpolitik: RCDS – die Freiheit des Studiums durchsetzen

In den letzten Jahren haben sich die Hochschulen von der Eliteuniversität zur Massenuniversität entwickelt. Die Fülle der Probleme, die damit auf die Universitäten und die Studenten zukamen, ist von den Politikern nur unzureichend gelöst worden. In der Folge der mangelhaften Bildungspolitik sehen sich die Studenten großen Problemen gegenüber, die sie an einem wissenschaftsgerechten und berufsfeldbezogenen Studium hindern.

Reine „Anti-Sanktionen“, wie sie vom kommunistisch beherrschten VDS, zahlreichen ASten und marxistischen Gruppen bislang durchgeführt worden sind, haben die Studentenschaft in eine Isolation von der Gesamtgesellschaft getrieben. Im Rahmen des Demokratischen Dialoges muß der RCDS die Gesamtgesellschaft von der Berechtigung der studentischen Forderungen überzeugen und die Anti-Haltung gegenüber dem tertiären Bildungssektor abbauen. Allen Studenten muß nachgewiesen werden, daß nur Reformbestrebungen im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung zur Lösung der Probleme sinnvoll sind. Keine andere politische Ordnung bietet bessere Lösungsmöglichkeiten für die studentischen Probleme.

1. Eines der wichtigsten Arbeitsgebiete des RCDS ist auch in Zukunft die Fachbereichs- und Studienreformerarbeit. Nach begonnener Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes auf Landesebene ist die Freiheit des Studiums durch die Regelstudienzeit und ministeriell verordnete technokratische „Studienreform“ besonders bedroht. Dieses Thema wird insbesondere auch von allen Studenten aufgrund der eigenen hohen Betroffenheit besonders engagiert verfolgt. Die Bereiche Eingangsvoraussetzungen, Studienordnung, Zwischenprüfungsfragen und Prüfungsordnung sowie die Probleme der technischen und finanziellen Ausstattung sind zentral.

a) Der wesentliche Teil dieser Probleme muß in der Studienreformdebatte gelöst werden. Deshalb muß der RCDS hier verstärkt seine Problemlösungskompetenz beweisen. Das erfordert die Mitarbeit nicht nur in überregionalen Studienreformkommissionen, sondern insbesondere auch an den fachspezifischen Studienreformkommissionen an der jeweiligen Hochschule. Die Studienreformdiskussion hat sich in folgender Alternative festgefahren:

– Einerseits wollen die meisten Wissenschaftsministerien die Studienreform durchführen, die sich einzig an den quantitativen Vorgaben der Regelstudienzeit orientieren. Eine solche Studienreform ist notwendigerweise technokratisch. Die Tatsache, daß in überregionalen Kommissionen die Hochschulvertreter nicht mehr die Mehrheit haben, ist alarmierend und sollte verstärkt öffentlich angeprangert werden. Eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ist in diesem Punkt zu fordern.

– Andererseits fordern sämtliche linke Gruppen mit dem demagogischen Kampfbegriff „Studienreform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung“ verstärkten Einfluß nichtuniversitärer Gruppen. Die angeblich „gewerkschaftlich orientierten“ Gruppen MSB und SHB erheben diese Forderungen zwar auch, haben aber in den letzten beiden Semestern verstärkt ihre „demokratische Gegenhochschule“ (DGH) in den Vordergrund gestellt. Angesichts der nachgewiesenen Tatsache, daß die DGH ausschließlich ein DKP-Indoktrinierungsmittel ist, ist ein glaubwürdiger Studienreformansatz nicht von ihr zu erwarten.

Dabei ist entscheidend, daß die „Studienreform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung“ nichts anderes ist, als die Einladung an alle Interessengruppen und Verbände, die Lehrinhalte der Hochschule im Verbandsinteresse zu bestimmen. Der RCDS begrüßt zwar ausdrücklich die Beratungs- und Mitwirkungsfunktion von Staat und gesellschaftlichen Gruppen an der Studienreformerarbeit, ist jedoch der Auffassung, daß die Vertreter der Hochschule die Mehrheit in den Studienreformkommissionen haben müssen.

Als einzig durchgeführte Alternative arbeitet der RCDS bundesweit und an jedem Fachbereich jeder Universität auf eine wissenschaftsgerechte und berufsfeldbezogene Studienreform hin (s. auch 30 Thesen zu einer wissenschaftsgerechten Studienreform und den Antrag zur 29. ordentlichen BDV). Wissenschaftliche, didaktische und praxisbezogene Kriterien müssen bei der Studienreform stärker berücksichtigt werden.

b) Auf der Grundlage dieser Bedingungen müssen folgende Arbeitsprioritäten gelten:

– Die bisher vom RCDS durchgeführte Studienreformerarbeit auf dem ersten Studienreformkongreß (Münster 1975) und in den Fachtagungen muß stärker als bisher im Verband verankert werden. Da in den nächsten zwei Jahren in den meisten Bundesländern die entsprechenden Entscheidungen fallen werden, muß die Studienarbeit intensiv angegangen werden.

– Durch eine verbesserte innerverbandliche Kommunikation muß jedes einzelne Mitglied in die Lage versetzt werden, an seinem Fachbereich und in seinem konkreten Fach RCDS-Studienreformpositionen aufzuzeigen und umzusetzen. Nur so kann glaubwürdig und verantwortungsbewußt an den betreffenden Fachbereichen die inhaltliche Studienreformkonzeption des RCDS vertreten werden.

– Bei einer Reihe relevanter Fachgebiete müssen schnellstmöglich neue Studienreformkongresse und Fachtagungen durchgeführt werden.

– Insbesondere die Arbeit in der Studienreformkommission für die Lehrerausbildung ist entscheidend. Davon sind rund 25% aller Studenten betroffen.

Überall, wo der RCDS praktikable und angemessene inhaltliche Aussagen und Forderungen formuliert, ist er diejenige Hochschulgruppe, die am kompetentesten und studentennächsten auf dem Gebiet aktiv wird. Jedes Mitglied trägt dafür an seinem Fachbereich die besondere Verantwortung des Verbandes. Motivation hierfür ist auch schon die persönliche Betroffenheit des einzelnen.

c) Grundsätzlich sollte der RCDS das gemeinsame Vorgehen aller Hochschulgruppen (Studenten, Assistenten, Professoren) gegen die Bestrebung der Ministerialtechnokraten und der linken Ideologen ansteuern. In diesem Konzept ist allerdings auch erheblicher Zündstoff: Zwar sind Fakultäts- und Senatsbeschlüsse gegen Hochschulgesetzentwürfe zu erreichen, da die Hochschullehrer in der Regel mitziehen. Zu diesem Mitziehen sind die Hochschullehrer aber meistens dann nicht mehr bereit, wenn die Ministerien mit Erlassen die gesamte Studienreformdebatte beenden und ihre Vorstellungen den Universitäten in Form verbindlicher Erlasse aufoktroieren. Dies muß in den meisten Bundesländern und Fachbereichen erwartet werden. In der Regel endet die Kooperationsbereitschaft der nichtstudentischen Gruppen, wo die Gefahr des Konflikts mit Verwaltungsvorschriften und Gesetzen besteht. Daher ist ein Punkt vorzusehen, an dem der RCDS als einzig relevante Kraft in der Studienreformdiskussion mit seinen Forderungen in Gegensatz zur Position der Hochschullehrer gerät. Hier kommt es darauf an, notfalls den Konflikt auch gegen solche Strukturen nicht zu scheuen, die gesetzlich garantiert sind. Es wird besonders Aufgabe des Bundesvorstandes und der Landesvorstände sein, durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit den Verantwortlichen und Betroffenen deutlich zu machen, daß wir unsere inhaltlichen Konzepte nicht bei jeder Gesetzesnovelle oder Verwaltungsvorschrift einfach aufgeben. Durch diese überregionale Öffentlichkeitsarbeit wird an den einzelnen Fachbereichen der Hochschule operierenden RCDS-Mitgliedern auch erleichtert, dort im Konkreten die Opposition zu erhalten und glaubwürdig zu bleiben. Auch nach der Verabschiedung von Gesetzen, die unseren Vorstellungen nur teilweise oder überhaupt nicht entsprechen, müssen wir weiterhin offensiv unsere langfristigen Ziele propagieren. Es wäre fatal, sich sofort auf einen Kompromißstandpunkt zurückzuziehen und sich neuen Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften profillos anzupassen und die langfristige Forderung einer Gesetzesnovellierung jedoch aus den Augen zu verlieren. Zwar müssen immer alle Möglichkeiten, die ein Hochschulgesetz noch bietet, ausgeschöpft werden, den Studenten und den Entscheidungsträgern muß aber auch aufgezeigt werden, welches die prinzipiellen und langfristigen Forderungen unseres Verbandes sind.

2. Weitere wichtige Arbeitsgebiete sind für den RCDS:

- soziale Absicherung des Studiums,
- Akademikereinstellung und Berufsaussichten,
- die technokratischen Reglementierungen im Bereich der Hochschulgesetzgebung

a) Wegen der umfassenden Bedeutung von Bildung und Ausbildung müssen alle Mitglieder der Gesellschaft entsprechend ihren Anlagen, Fähigkeiten und Neigungen durch das Bildungswesen gleichermaßen gefördert werden. Insbesondere ist es Aufgabe des Staates, für die soziale Absicherung des Studiums zu sorgen und zu verhindern, daß einzelne Mitglieder der Gesellschaft aus sozialen Gründen nicht die ihnen entsprechende Ausbildung durchführen können.

In seinen Beschlüssen zur Ausbildungsförderung (s. auch 28. o. BDV: Chancengleichheit durch ausreichend finanzierbares BAföG) hat der RCDS festgelegt, daß nur eine kostendeckende und darlehensfreie Ausbildungsförderung der Stellung des Bildungswesens in unserer Gesellschaft gerecht wird. Unzureichende Ausbildungsförderung zieht eine berechnete Unzufriedenheit in der Studentenschaft nach sich. Der RCDS muß im Rahmen des Demokratischen Dialoges aufzeigen, daß seine Beschlüsse langfristig mit der Sozialen Marktwirtschaft und in unserem Gesellschaftssystem durchsetzbar sind.

b) Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Lage und des Wandels des Charakters der Hochschulen werden heute an Akademiker erhöhte Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen gestellt. Akademiker müssen heute vielfach schon während des Studiums begreifen, daß auf dem Arbeitsmarkt ihre beruflichen Erwartungen nicht erfüllt werden können. Gelingt es den linken Gruppen, beruflich enttäuschten Akademikern die falsche These aufzuoktroieren, daß dieses Problem in unserem Gesellschaftssystem unlösbar sei, so entsteht ein zusätzliches Potential radikaler „Systemüberwinder“.

In seinen Beschlüssen zum Problem der Akademiker-Einstellung (s. auch 28. o. BDV: Neuorientierung der Hochschulpolitik) hat der RCDS Problemlösungsansätze formuliert. Diese Ansätze müssen immer wieder im Rahmen des Demokratischen Dialoges aufgezeigt werden. Da der öffentliche Dienst trotz gesunkener Aufnahmefähigkeit immer noch einer der wichtigsten Arbeitgeber für Akademiker ist, muß die Notwendigkeit der Reform des öffentlichen Dienstes Politikern und Bevölkerung deutlich gemacht werden. Den Studenten muß durch bessere Information ermöglicht werden, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt realistisch einzuschätzen. Konfrontationsstrategien, die an der politischen Wirklichkeit vorbeigehen, führen die Studentenschaft in die Isolation.

c) Anstelle sinnvoller Regelungen zur Reform des Hochschulwesens haben Bildungspolitiker durch das Hochschulrahmengesetz und einzelne Landeshochschulgesetze technokratische Reglementierungen im Bereich der Verfaßten Studentenschaft und des Ordnungsrechts durchgesetzt. Das Prinzip der Subsidiarität sowie die Forderung nach demokratischen Strukturen in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen – soweit sie der Freiheit des einzelnen dienen und Minderheitenschutz gewährleistet ist – bedingen einerseits möglichst weitreichende Selbstverwaltung der Gruppe der Studenten sowie wirksame Mitbestimmung in allen Hochschulorganen, andererseits aber auch die Einordnung des

universitären Bereichs unter die Grundregeln der Gesellschaft. Nur die Verfaßte Studentenschaft ist in der Lage, die spezifischen Probleme der Studenten zu lösen und ihre Interessen wirksam zu vertreten (s. auch Plädoyer für die Verfaßte Studentenschaft, Gruppenvorsitzenden-Konferenz in Würzburg). Das Fehlen einer wirksamen Finanzkontrolle darf nicht mißbraucht werden, um die Verfaßte Studentenschaft in Mißkredit zu bringen. Zum Mandat der Verfaßten Studentenschaft muß darauf hingewiesen werden, daß dieses selbstverständlich ein politisches Mandat ist; denn die Arbeit eines AStA ist nicht unpolitisch. Die Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandates aber (etwa die Unterstützung des Befreiungskampfes in Oman oder das Verfassen eines Buback-Nachrufes) bedeuten eine Entrechtung des einzelnen Studenten, der aus der Studentenschaft nicht austreten kann. Das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft darf auch keinesfalls restriktiv ausgelegt werden; z.B. gehören Stellungnahmen zur Bildungsfinanzierung und zum Problem „Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst“ zum Mandat der Verfaßten Studentenschaft. Nur in seltenen und eklatanten Fällen sind juristische Schritte gegen Organe der Verfaßten Studentenschaft sinnvoll, wenn die Notwendigkeit politisch leicht verständlich geklärt werden kann. Es muß immer deutlich sein, daß der RCDS nicht den AStA bzw. die VDS, sondern die Politik der derzeitigen Mehrheit ablehnt. Es geht darum, Studenten und Bevölkerung aufzuzeigen, daß Selbstverwaltungsorgane mit weitreichenden Kompetenzen notwendig und sinnvoll sind, die Freiheiten dieser Organe aber nicht mißbraucht werden dürfen.

Zum Thema Ordnungsrecht ist aufzuzeigen, daß es sich hier um ein universitätsinternes Sonderstrafrecht handelt (28. o. BDV: Ordnungsrecht). Nichtkriminelle Handlungen müssen nach dem Strafgesetzbuch behandelt werden, wie es die Regeln der Gesamtgesellschaft vorschreiben.

Langfristig ist die Novellierung des HRG anzustreben. Der RCDS muß sowohl den Studenten als auch der Bevölkerung und den Politikern klar machen, daß bei der Verabschiedung dieses Gesetzes Fehler gemacht worden sind, mit denen sich die Studenten nicht abfinden müssen. Eine der herausragendsten Merkmale unserer Demokratie ist es, daß politische Fehler durch einfache Gesetzesänderungen korrigiert werden können.

V. Für eine grundwertbezogene Gesellschaftspolitik: RCDS – die progressive Alternative zur reaktionären Linken

Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahre 1975 hat belegt, daß dem RCDS in hochschulpolitischen Fragen von den Studenten eine hohe Problemlösungskompetenz zugesprochen wird. Da die meisten Studenten hochschulpolitisch jedoch nur relativ geringes Interesse zeigen, ist diese Kompetenz nicht ausreichend, um Studentenparlamentswahlen zu gewinnen. Der RCDS muß deshalb neben seinem hochschulpolitischen Engagement, noch stärker als bisher allgemeinpolitische Themenstellungen in seine Arbeit miteinbeziehen. Als ein freier politischer Verband an der Hochschule ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des RCDS, allgemeinpolitische Themenstellungen anzusprechen. Er führt die allgemeine politische Diskussion als politische Organisation, nicht aber über die offiziellen Vertretungsorgane der Verfaßten Studentenschaft, die als Zwangskörperschaften kein allgemeinpolitisches Mandat haben können. Die Verfaßte Studentenschaft hat ein politisches Mandat für all die Fragen, die im weitesten Sinne hochschulpolitisch sind oder spezifisch studentische Interessen betreffen.

Die Jungsozialisten-Hochschulgruppen (JHG) und der Liberale Hochschulverband (LHV) gelten bei weiten Teilen der Studenten auch heute noch als „progressiv“.

Der RCDS muß deshalb stärker als bisher die Auseinandersetzung mit kommunistischen und sozialistischen Ideologien führen und vor allen Dingen eine bessere positive Darstellung seiner eigenen Ziele betreiben. Der RCDS muß sich endlich als das darstellen, was er wirklich ist: Die progressive Alternative zur reaktionären Linken. Die Auseinandersetzung mit egalitären Ideologien muß in offensiver, aber auch in differenzierter Weise geführt werden. Der RCDS muß dabei die in seinem Grundsatzprogramm vom März 1976 festgelegten politischen Positionen einer offenen und solidarischen Gesellschaft in Freiheit, Gleichheit und Solidarität verdeutlichen. Der RCDS will Fortschritt in Freiheit!

1. Moralischen Anspruch durchsetzen

Die verschiedenen kommunistischen und sozialistischen Gruppen haben es in der Vergangenheit verstanden, in der politischen Auseinandersetzung all die Themen offensiv zu diskutieren, die Jugendliche und vor allen Dingen Studenten besonders ansprechen. Sie haben grundsätzlich Themen gewählt, die alle einen bestimmten moralischen Impetus haben. Die Zielsetzungen, die verkündet werden, sind so allgemein gehalten, daß viele ihnen emotional zustimmen können. Beispiele für solche Themen: Aktionen gegen den grausamen Vietnamkrieg, gegen die chilenische Militärjunta, gegen die Unterdrückung von Völkern in der Dritten Welt, gegen Rassismus im südlichen Afrika, Aktionen für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, die Forderung nach internationaler Solidarität, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und schließlich der Kampf gegen

die angeblichen Berufsverbote. Es gibt kaum einen Studenten in der Bundesrepublik, der den Vietnamkrieg gut fand, für ein Berufsverbot wäre, die chilenische Militärjunta lobte oder gegen Frieden und Abrüstung sich ausspräche. Durch das Angeben solcher moralisch-ethischer Ziele in der politischen Auseinandersetzung, die so allgemein formuliert breiteste Zustimmung finden können, haben es bisher Kommunisten und Sozialisten sehr stark verstanden, die Studenten für sich zu gewinnen. Vor allen Dingen rein idealistisch motivierte, zur Verbesserung der Welt entschlossene Jugendliche und Studenten neigten sich vielfach den Kommunisten oder Sozialisten zu.

Es ist der Fehler der demokratischen Parteien und auch des RCDS gewesen, in den meisten Fällen nur die kurzfristigen Ziele zu betonen und die langfristigen, eigentlich begeisternden Ziele in der Auseinandersetzung zu wenig anzusprechen. Dies muß sich ändern. Der RCDS muß in Zukunft stärker seinen moralischen Anspruch betonen.

a) RCDS für eine freiheitliche und grundwertbezogene Politik

In allen politischen Einzelentscheidungen muß im Bezug zu den zentralen Grundwerten die RCDS-Politik hergestellt und verdeutlicht werden. Die Bedeutung und das Verhältnis der Grundwerte der RCDS-Politik – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität – sind in dem Grundsatzprogramm des RCDS von 1976 definiert. Nur der ständige Bezug zu grundsätzlichen politischen Ideen vermag der Entscheidung in Detailfragen der Politik Wichtigkeit und Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Aus den Grundwerten seiner Politik leitet der RCDS Grundsätze einer demokratischen Gesellschaftsordnung ab, die eine freiheitliche Grundlage für das Zusammenleben der Menschen darstellt. Diese Grundsätze sind:

- Pluralismus
- Meinungsfreiheit
- Mehrheitsparteiensystem
- Recht auf Opposition
- Gewaltenteilung
- Rechtsstaatsprinzip
- Wissenschaftspluralismus
- Sozialbindung des Eigentums

Der RCDS bleibt weiterhin aufgefordert, sich permanent für eine Verwirklichung dieser Grundsätze einzusetzen und damit unsere Gesellschaft weiterzuentwickeln.

b) RCDS für Menschenrechte überall und Internationale Solidarität

Die Menschenrechtsaktion vom Sommersemester 1977 war ein gelungener Anfang des Eintretens für Menschenrechte. Der RCDS muß deutlich machen, daß er für Menschenrechte überall eintritt. Er kämpft nicht nur für Menschenrechte in Rechtsdiktaturen, wie die Kommunisten, sondern

ist auf keinem Auge blind. Der RCDS spricht Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR, in Kambodscha, in Rotchina, in der DDR, in Südafrika, Uganda, in den meisten lateinamerikanischen Ländern und überall sonst auf der Welt offen an. Dadurch zeigt es sich deutlich, daß es in der Menschenrechtsfrage nicht um Ideologien und den Ausbau von Machtpositionen geht, sondern wirklich um den Menschen. Das Eintreten für Menschenrechte überall ist Teil der Politik für Internationale Solidarität.

Für den RCDS ist internationale Solidarität jedoch kein Instrument, um Machtinteressen durchzusetzen. Internationale Solidarität bedeutet das praktische Eintreten für Menschenrechte, die Beendigung jeglicher kolonialistischer Unterdrückung und die Selbstbestimmung der Völker. Er setzt sich dabei nicht nur für die Befreiung von Völkern von Rechtsdiktaturen ein, sondern wehrt sich auch gegen die starke Präsenz sowjetischer Söldner in Mosambique, den Kampf cubanischer Truppen in Angola und Äthiopien und die Niederwerfung des Prager Frühlings oder der polnischen Arbeiteraufstände in Ursus und Radom. Praktische Solidarität heißt auch die Bemühungen von Amnesty International oder der Gesellschaft für Menschenrechte zu unterstützen.

c) RCDS für Frieden und Abrüstung

Es ist nicht zu verstehen, warum der RCDS Aktionen für Frieden, Abrüstung, Zusammenarbeit zwischen Völkern, Entspannung etc. den Kommunisten und Sozialisten überläßt. Er muß deshalb deutlich machen, daß er sich für den Stopp des internationalen Waffenhandels, für gleichwertige Abrüstung und Verbote von Nuklearwaffen im Rahmen eines ausgewogenen Abrüstungsabkommens einsetzt. Die Aktionen der Kommunisten/Sozialisten sind unglaubwürdig, solange sie sich weigern, die Entwicklung neuer Waffen im Ostblock, die Kriegsführung cubanischer Truppen überall in Afrika, die bedrohliche Aufrüstung des Warschauer Paktes auch mit Angriffswaffen, die Förderung paramilitärischer Ausbildung in allen sozialistischen Ländern und das Verbot des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in der kommunistischen Welt anzuprangern. Es muß deutlich werden, daß die Aktionen für Frieden und Abrüstung durch die Kommunisten nur taktische Manöver sind, die der Lähmung der Verteidigungskraft der westlichen Welt dienen sollen. Der RCDS tritt überall für Frieden und Abrüstung ein.

d) RCDS für soziale Gerechtigkeit

Der RCDS tritt ein für eine Politik, die überall mehr soziale Gerechtigkeit schafft. Deshalb vertritt er Forderungen, die sich im Besonderen für die vergessenen Randgruppen unserer Gesellschaft einsetzen. Die Behinderten, Drogensüchtigen, Obdachlosen, Gastarbeiter, Alten, Kinder und Jugendliche etc. haben keine großen Interessenorganisationen. Ihre Interessen sind deshalb zu kurz gekommen. Während die klassische soziale Frage, nämlich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit durch machtvolle Gewerkschaften, Tarifautonomie und Mitbestimmung weitgehend beseitigt worden ist und heute partnerschaftlich gelöst wird, ist

die Neue Soziale Frage, nämlich das Alleingelassensein der Randgruppen, ein zentrales Problem unserer Zeit. Der RCDS hat hierzu in der Vergangenheit Initiativen entfaltet, insbesondere zur Unterstützung von behinderten Kommilitonen.

Soziale Gerechtigkeit gilt für uns jedoch auch weltweit. Millionen von Menschen leben heute in Hunger und Elend, während wir in einer Überflußgesellschaft leben. Daher setzt sich der RCDS für eine gezielte Erhöhung der Entwicklungshilfe für die Dritte und Vierte Welt ein. Die Solidarität mit den Menschen in den Entwicklungsländern ist für uns eine zentrale politische Aufgabe.

e) Andere Arbeitsfelder: Soziale Marktwirtschaft, Enrope, Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst

Weitere Arbeitsfelder, die der RCDS aufgreifen sollte, um seine positiven politischen Zielsetzungen der Studentenschaft deutlich zu machen, wären z.B.:

- Es muß aufgezeigt werden, daß nach dem jetzigen Erkenntnisstand Soziale Marktwirtschaft diejenige Wirtschaftsordnung ist, die optimale Konsumgüterversorgung, soziale Sicherheit und Freiheit des Einzelnen am besten gewährleistet.
- Ein wichtiges Arbeitsfeld ist die europäische Einigung und die europäische Direktwahl. Bisher hat sich noch kaum eine Studentenorganisation mit dieser Thematik befaßt. In einem vereinten Europa liegt die Zukunft und die Stärke der freien Länder des Westens. Es sichert den Frieden und die Freiheit.

Die Arbeit der EDS wird der RCDS verstärkt unterstützen und umsetzen.

- Weiter bleibt aktuell das Thema Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst. Hier muß deutlich werden, daß die Aktionen der Kommunisten in ihren Ländern eine an Härte kaum zu übertreffende Berufsverbotepraxis befürworten. In der DDR oder der Sowjetunion (den Vorbildsländern der MSB-Spartakus-Apparatschiks) kann niemand Positionen im öffentlichen Dienst bekleiden, wer nicht linientreuer Kader ist. Bereits die Mitgliedschaft in einer religiösen Gemeinschaft führt zu erheblichen beruflichen Nachteilen. In der Bundesrepublik wird dagegen die Freiheit der Berufswahl durch den Extremistenbeschluß nicht unzulässig eingeschränkt. Der RCDS würde sich sonst als erste politische Kraft dagegen aussprechen. Die Tatsache, daß bei uns Angehörige links- oder rechtsextremistischer verfassungsfeindlicher Parteien nicht Beamte werden können, engt nicht die Freiheit ein, sondern sichert die Freiheit des Gemeinwesens. Die freiheitliche Ordnung muß gegen ihre Feinde verteidigt werden. Es handelt sich dabei nicht um ein Berufsverbot, sondern lediglich darum, daß ein verfassungsfeindlicher Bewerber nicht die notwendige Einstellungsvoraussetzung nach Artikel 33 des Grundgesetzes für den öffentlichen Dienst mit-

bringt, welche unter anderem eine positive Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorschreibt.

2. RCDS als antikommunistischer und antifaschistischer Studentenverband

Als entschieden demokratischer Studentenverband kämpft der RCDS gegen Rechts- und Linksextremismus zugleich. Allerdings ist die Bedrohung heute in der Bundesrepublik Deutschland stärker durch den Linksradikalismus gegeben, wie die Berichte des Bundesinnenministeriums klar zeigen.

Der RCDS überläßt den Hinweis auf neofaschistische Tendenzen in einzelnen Teilen der Bundesrepublik nicht nur Jungsozialisten und Kommunisten. Der RCDS ist ein antifaschistischer Studentenverband. Wo immer sich rechtsradikale Aktivitäten auftun, wird der RCDS in der gleichen Entschiedenheit gegen den Rechtsradikalismus kämpfen, wie er dieses seit Jahren gegen den Linksradikalismus tut.

Aber genauso wie der RCDS antifaschistisch ist, ist er auch antikommunistisch, denn: Faschismus und Kommunismus sind Zwillingbrüder.

Die wesentlichen gemeinsamen Merkmale von Faschismus und Kommunismus sind:

- kein Anspruch auf individuelle Freiheit, auf Recht und Schutz des Einzelnen nach dem Motto „Du bist nichts, das Kollektiv ist alles!“
- eine absolut gesetzte „wissenschaftliche“ Ideologie,
- der ausschließende Führungsanspruch einer Partei und Ideologie,
- keinen Pluralismus von Parteien und Gruppen, keine Pressefreiheit,
- eine durchgängige Kontrolle der politischen und sozialen Bereiche,
- die Schaffung eines „neuen Menschen“ für eine neue Ordnung,
- pseudodemokratische Legitimierung durch plebiszitäre Abstimmungen,
- keine Unabhängigkeit der Justiz, sondern deren Unterordnung unter den „Willen des Volkes“,
- Verfolgung und Ausrottung der politischen Gegner, Folter, Konzentrationslager etc.

Der RCDS wendet sich gegen jede Form des Totalitarismus, kommt er nun von rechts oder links.

Der RCDS wendet sich entschieden gegen jede Form der Zusammenarbeit mit Totalitaristen. Er kritisiert deshalb die Volksfrontbestrebungen in der SPD, insbesondere bei den Jungsozialisten, die an vielen deutschen Hochschulen enge Koalitionen mit Kommunisten eingegangen sind. Er wendet sich aber auch z. B. gegen Äußerungen von Politikern, die halbherzige Positionen zu den Systemen im Ostblock oder in Chile einnehmen. Es darf keine inhaltliche Arrangierung mit totalitären Systemen geben. Jeder, der sich nicht entschieden gegen jedes kommunistische

oder faschistische Staatssystem ausspricht, schadet der Glaubwürdigkeit der Demokraten. Trotz aller politischen Unterschiede mit Sozialisten, Linksliberalen und anderen politischen Kräften strebt der RCDS eine Politik der Solidarität der Demokraten an, um gemeinsam Totalitarismus von rechts und links zu bekämpfen.

3. Abbau von Massenstrukturen – Personalität und Kommunikation

Unsere Gesellschaftsordnung ist heute in fast allen Teilbereichen geprägt von folgenden Tendenzen: Zentralisierung, Bürokratisierung, Technisierung, Rationalisierung, Anonymisierung, Monopolisierung, Kollektivierung und Vermassung. Diese Tendenzen führen dazu, daß der Einzelne sich mehr und mehr einem großen System ausgeliefert sieht, er zur Nummer dieses Systems wird und seine Personalität und Individualität verliert. Der Mensch vereinsamt.

Dies zeigt sich auch an der Struktur der Massenuniversität. Große Universitätsbauten für viele tausend Studenten, überfüllte Seminare, immer weniger Möglichkeit zur Arbeit in Kleingruppen, immer weniger Möglichkeit auf den einzelnen Studenten in seinen persönlichen Schwierigkeiten bzw. Wünschen einzugehen, immer weniger Kontakt zwischen den Studenten und durch diese Dinge hervorgerufen viele psychische Schäden. Die modernen studentischen Wohnheime sind zumeist große und kalte Bauten, die kaum Möglichkeit zum Kontakt der Studenten untereinander schaffen. Vielfältige Untersuchungen haben gezeigt, daß diese Strukturen sich negativ auf die Leistungsfähigkeit, Motivation und vor allen Dingen Persönlichkeitsentwicklung der Studenten auswirken.

Es ist die Aufgabe des RCDS, politisch zum Abbau von Massenstrukturen beizutragen. Dezentralisierung, Subsidiarität, Kontrolle von Großorganisationen, Überschaubarkeit, Kommunikation, persönliche Hinwendung – dies sind die Ziele zum einen als politische Forderungen gegenüber der Gesamtgesellschaft, zum anderen vor allen Dingen aber im Bereich der Universität selbst. Die Hochschulen müssen menschlicher werden! Der RCDS fordert kommunikationsfreundliche Studentenwohnheime, überschaubare Seminare, verbesserte Studien- und Berufsberatung, Kunstausstellungen in den Räumen der Universität, eine Verstärkung des Angebots an kulturellen und sportlichen Gemeinschaftsveranstaltungen und den Ausbau psychotherapeutischer Beratungsstellen. Der RCDS muß dazu an den Fachbereichen und an der Universität ansprechbar für jeden Studenten sein, er muß Selbsthilfeaktionen (Stellung und Druck von Skripten, Organisation von Übungsgruppen, Studienberatung etc.) in die eigene Hand nehmen und muß in der Fachschaftsvertretung und der Gruppe verstärkt auch das kommunikative Element pflegen (Feten, Diskussionsabende etc.). Der RCDS muß so einen Beitrag leisten, um der Vereinsamung vieler Kommilitonen entgegenzuwirken und ein Angebot persönlicher Hinwendung und gemeinschaftlicher Hilfe unterbreiten. Studium darf nicht zu einem rein technokratisch-rationalistischen Lernprozeß werden, sondern muß darüber hinaus zur Persönlichkeitsbildung beitragen.